

NACHRICHTEN

Selesnjow als Vorsitzender wiedergewählt

MOSKAU: Der russische Parlamentspräsident Gennadi Selesnjow ist am Dienstag in seinem Amt bestätigt worden. Insgesamt stimmten 285 Duma-Abgeordnete für den gemäßigten Kommunisten, nur zwei waren gegen ihn. Sieben Parlamentarier enthielten sich. Zuvor hatten mehr als 100 Abgeordnete den Saal verlassen, um gegen die Umstände der Wahl zu protestieren. Selesnjow war der einzige Bewerber, nachdem der ehemalige Ministerpräsident Jewgeni Primakow kurz vor dem Wahlgang seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Neben den ehemaligen Regierungschefs Primakow und Sergej Stepaschin zog auch der Vertreter der Union rechter Kräfte, Viktor Pochmelkin, seine Bewerbung zurück. Als Begründung gab Primakow an, die Abgeordneten hätten keine wirkliche Wahl, weil die Kommunisten und die regierungstreuen Gruppierungen Selesnjow unterstützten. Primakow hatte bei den Parlamentswahlen am 19. Dezember mit seiner Partei Ganz Russland Vaterland eine überraschend deutliche Niederlage erlitten. Die neugewählte Duma war am Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammengekommen.

Russland unternimmt neuen Grossangriff

GROSNY: Unterstützt von den bislang schwersten Luft- und Artillerieangriffen sind russische Truppen am Dienstag in das Zentrum der tschetschenischen Hauptstadt Grozny vorgestossen. In mehreren Stadtteilen und Aussenbezirken gab es erbitterte Kämpfe. Unbeeindruckt von den Friedensbemühungen des Europarats sagten russische Offiziere, der Widerstand der Moslemrebelln werde niedergekämpft und die Stadt in den kommenden Tagen vollständig erobert. Nach tschetschenischen Angaben nahmen russische Soldaten eine strategisch wichtige Brücke ein, die den Ost- und den Westteil der Stadt verbindet. Durch so genannte Fluchtkorridore flohen etwa 120 Zivilisten aus der tschetschenischen Hauptstadt, teilte das russische Ministerium für Katastrophenschutz in Moskau mit. Insgesamt hätten seit Beginn der Kämpfe etwa 7770 Zivilisten die Stadt verlassen. Unbekannt war, wie viele Menschen noch in Grozny in Kellern und Bunkern ausharren, wo es nach Fernsehberichten kein Wasser, Licht und Essen gibt.

Russland und China: Zusammenarbeit ausbauen

MOSKAU: Russland und China haben bei einem Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Chi Haotian in Moskau einen Ausbau der militärischen und zivilen Zusammenarbeit vereinbart. Im Gespräch mit dem Gast aus Peking am Dienstag würdigte der russische Interimspräsident Wladimir Putin die guten bilateralen Beziehungen, meldeten die russischen Nachrichtenagenturen. Der für Rüstungsindustrie zuständige russische Vizeregierungschef Ilja Klebanow sagte nach seinem Treffen mit Chi Haotian, bereits vereinbarte Lieferungen an alle chinesischen Waffengattungen seien bestätigt worden. Weiter sei über neue Aufträge für Zerstörer und Panzerfahrzeuge gesprochen worden. Beide Seiten wollten weiter «ihre Anstrengungen im zivilen Flugzeugbau und im Maschinenbau für die Energieversorgung verstärken», sagte Klebanow. Er lud China auch ein, sich am Satellitensystem GLONASS zu beteiligen, das dem westlichen Ortungssystem GPS Konkurrenz machen soll.

Feler zur Versöhnung der Christen in Rom

ROM: Papst Johannes Paul II. hat bei einem grossen ökumenischen Gottesdienst in Rom zur Versöhnung unter den Christen aufgerufen. Ungeachtet bestehender Konflikte sollten sich Orthodoxe, Katholiken und Protestanten für die Einheit der Christen einsetzen. An der Feier in der Kirche St. Paul vor den Mauern nahmen am Dienstag hochrangige Vertreter 22 christlicher Kirchen teil, darunter das Oberhaupt der Anglikaner, Erzbischof George Carey, und viele orthodoxe Patriarchen. Im Vatikan wurde von einem «historischen Ereignis für Millionen Gläubige» gesprochen. Nach Angaben des Vatikans waren erstmals so viele und so hochrangige Kirchenvertreter um den Papst versammelt. Auch der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Christian Krause, war bei der Feier anwesend sowie Vertreter der orthodoxen Kirchen unter anderem aus Moskau, Istanbul, Griechenland und aus Jerusalem.

CDU-Spitze bricht mit Kohl

Parteichef Schäuble bleibt im Amt

BERLIN: Die Führung der deutschen Christdemokraten (CDU) hat wegen der Parteispenden-Affäre mit ihrem früheren Vorsitzenden Helmut Kohl gebrochen. Seinem Nachfolger Wolfgang Schäuble sprachen sie am Dienstag mit grosser Mehrheit das Vertrauen aus.

Bei einer Krisensitzung in Berlin wurde Kohl aufgefordert, den Ehrenvorsitz solange ruhen zu lassen, bis die Vorgänge aufgeklärt seien. Der frühere Kanzler verletze seine Pflichten, wenn er sich weiterhin weigere, seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise und zur Aufklärung der Verfehlungen zu leisten, hiess es in einer Erklärung. Kohl legte daraufhin den Ehrenvorsitz der Partei nieder.

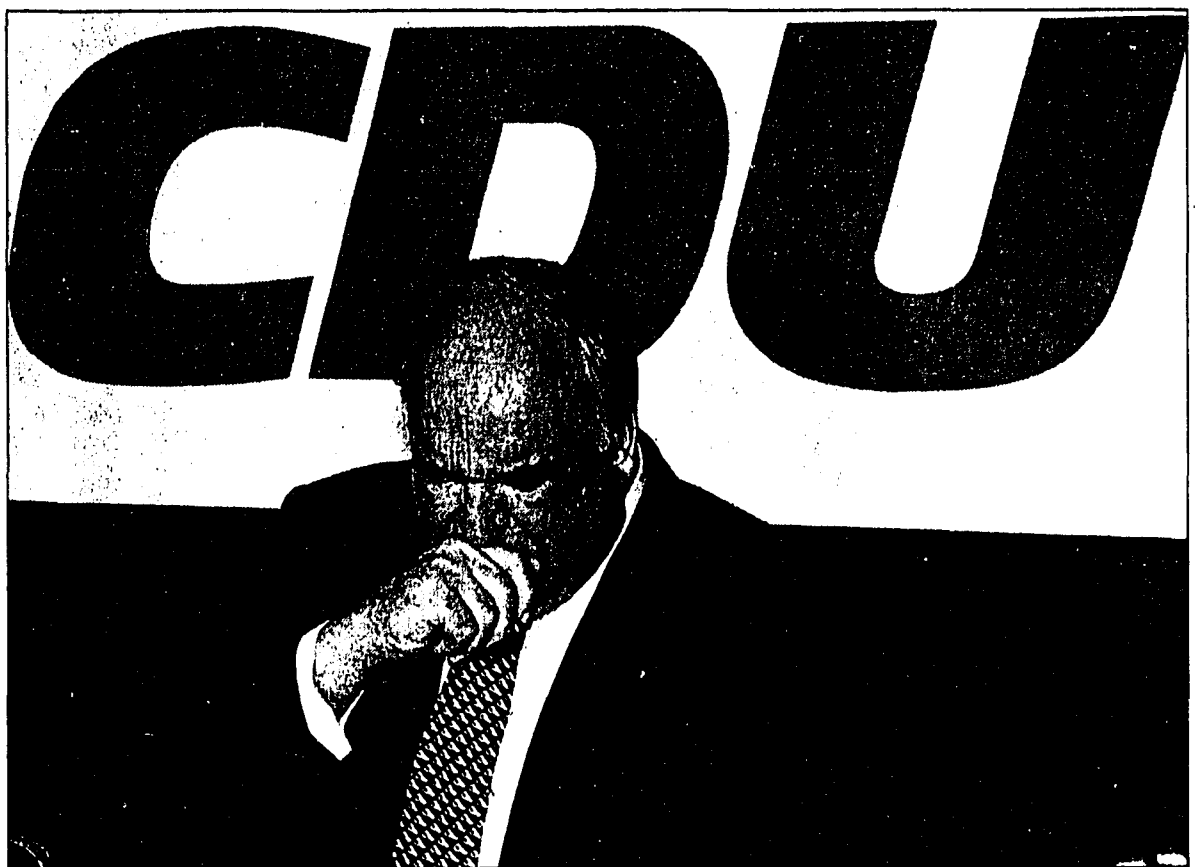
Rücktritt erwogen

CDU-Parteichef Schäuble überstand den Tag trotz Spekulationen um einen bevorstehenden Rücktritt. Er bestätigte nach Sitzungen von Präsidium und Vorstand, dass er einen Rücktritt erwogen hat, nachdem er wegen einer Spende des Waffenhändlers Karlheinz Schreiber von 1994 selbst unter Druck geraten war. Auch war sein Krisenmanagement kritisiert worden.

Das Präsidium habe daraufhin erklärt, in einem solchen Fall werde es komplett zurücktreten. Der Parteivorstand habe dem Präsidium und ihm das Vertrauen ausgesprochen.

Der CDU-Parteichef hatte am Vormittag noch einmal mit Kohl gesprochen. Er konnte ihn offensichtlich nicht dazu bewegen, die Herkunft der eingestandenen Geheimspenden preiszugeben. Kohl beruft sich auf sein Ehrenwort, das er den Spendern gegeben habe.

Die Spenden waren nicht in den amtlichen Rechenschaftsberichten der CDU ausgewiesen worden. Sie



Die CDU befindet sich in ihrer grössten Krise seit ihrem Bestehen, Kohl legte den Ehrenvorsitz nieder.

waren auf geheime Sonderkonten zur Verfügung Kohls gegangen. Das ist nach dem Parteien-Gesetz verboten. Der CDU drohen Rückzahlungs-Forderungen in Millionenhöhe. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Kohl wegen Veruntreuung.

SPD und Grüne kritisierten die CDU-Beschlüsse als unzureichend. «Die Entscheidungen der CDU haben weder zur Aufklärung noch zur Selbstreinigung der CDU beigetragen», sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder. Die Regierung wolle dafür Sorge tragen, dass das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland nicht Schaden nehmen wird. Die Grünen monierten, die CDU wolle offenbar weiter machen wie bisher.

Der Parteivorstands-Beschluss wurde nach Angaben Schäubles von

den 50 bis 60 Anwesenden bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung gebilligt. Für viele sei die Kritik an Kohl schmerzhaft gewesen.

Gegen Neuwahlen

In der Auseinandersetzung um die Folgen der Parteispenden-Affäre der hessischen CDU sprachen sich deren Landtags-Fraktion und die der mitregierenden FDP am Dienstag einstimmig gegen Neuwahlen aus. Die CDU-Spitze begrüsste den Entschluss des früheren deutschen Innenministers und hessischen CDU-Chefs Manfred Kanther zur Rückgabe seines Bundestagsmandats.

Die hessische CDU hatte am vergangenen Freitag eingeräumt, sie habe seit 1983 Geheimkonten im Ausland unterhalten. Von dort flos-

sen Millionenbeträge an die Partei zurück. Das Geld wurde als Vermögensgegenstände deutschstämmiger Juden an die Partei deklariert.

Kanther, früherer hessischer CDU-Landeschef und Ex-Innenminister, übernahm die politische Verantwortung für das Tun seines damaligen Schatzmeisters. Am Montag hatte Kanther angekündigt, er werde sein Bundestags-Mandat niederlegen.

Die Staatsanwaltschaft begann am Dienstag ihre Ermittlungen mit einer Durchsuchungs-Aktion in der hessischen CDU-Zentrale. Auch die Frankfurter Kanzlei des früheren CDU-Finanzberaters Horst Weyrauch und die Privatwohnung von Ex-Landesschatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein wurden durchsucht.

Ringens um Regierungsbildung

SPÖ und ÖVP: Streit um Innenministerposten

WIEN: In Österreich haben die Sozialdemokraten (SPÖ) und die konservative Volkspartei (ÖVP) am Dienstag unter Termindruck über die Regierungsbildung verhandelt. Eine Einigung war in der Nacht offenbar wegen eines Streits über die Aufteilung der Ministerposten gescheitert.

Aus Teilnehmerkreisen verlautete, die ÖVP verlange von der SPÖ eines der wichtigsten Ressorts, das Innenministerium. Das Ergebnis der Personaldebatte dürfte die Entscheidung der höchsten Parteigremien beeinflussen, von deren Zustimmung die Fortsetzung der 13-jährigen Koalition abhängt. Das Präsidium der SPÖ und der Parteivorstand der ÖVP waren für den Abend einberufen worden.

Finanzminister Rudolf Edlinger (SPÖ) bestätigte indirekt die Forderung der ÖVP nach dem Ressort seines Parteikollegen Karl Schlögl. Es sei unzumutbar, dass deshalb der populärste Minister des Landes zurücktreten solle, sagte er. Innenminister Schlögl erhielt in Umfragen stets hohe Zustimmung aus der Bevölkerung.

Meinungsverschiedenheiten gebe es zudem über die Sicherheitspolitik, hiess es aus beiden Parteien. Die ÖVP drängt auf einen Beitritt Österreichs zur NATO, die SPÖ will die Neutralität beibehalten.

Für den Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzenden Viktor Klima könnte es auch schwierig werden, die Gewerkschaftsvertreter für eine neue



Die SPÖ und die ÖVP ringen um eine Regierungsbildung.

Koalition mit der ÖVP zu gewinnen. Das Programm enthält Punkte wie die Kürzung staatlicher Ausgaben und die Anhebung der Altersgrenze für den vorzeitigen Renteneintritt.

Im Parteivorstand der ÖVP hatte Aussenminister und ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel den Widerstand der Befürworter einer Koalition mit der rechten Freiheitlichen Partei (FPÖ) zu überwinden. Im Parlament hätte auch ein Mitte-Rechts-Bündnis von ÖVP und FPÖ eine Mehrheit.

Umstrittenes FPÖ-Angebot

FPÖ-Chef Jörg Haider hatte der ÖVP mehrfach eine Zusammenar-

beit angeboten. Innerhalb der ÖVP gab es auch weiter Anhänger eines Wechsels in die Opposition.

Die ÖVP hatte sich zunächst auf die Oppositionsrolle festgelegt, diesen Parteibeschluss aber Mitte Dezember wieder zurückgenommen, um in Regierungsverhandlungen mit der SPÖ einzutreten.

Mehr als einhundert Tage nach der Wahl hatte Bundespräsident Thomas Klestil zuletzt stark auf den Abschluss der Regierungsbildung gedrängt. Er hatte vor Neuwahlen gewarnt, sollten die Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP scheitern. Umfragen zufolge hätte die FPÖ dann gute Chancen, zur stärksten Partei des Landes aufzusteigen.

Ekeus stellt Zeichen auf Konfrontation

KAIRO: Irak beschimpfte Rolf Ekeus als «räudigen Hund» als Chef einer Spionagesperr- und unerwünschte Person. Als geschickt, beharrlich und professionell würdigte das US-Aussenministerium den schwedischen Diplomaten, als er 1997 seine Arbeit als Leiter der UNO-Abrüstungskommission aufgab. Geht es nach dem Willen von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, soll Ekeus, einer der erfahrensten Abrüstungsexperten der Welt, nicht in Pension gehen, sondern in den Irak zurückkehren. Die Zustimmung der Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates Russland und China scheint ungewiss. Die irakische Führung reagiert auf den Vorgang mit Spott. Vizeministerpräsident Tariq al-Sayid sagte, Ekeus, das sei wie alter Wein in neuen Schläuchen. Und was sei an der neu geschaffenen Unmolev-Abrüstungskommission neu, wenn der alte Chef Ekeus nun der neue werde. Staatschef Saddam Hussein hatte zuvor schon die Rückkehr der UNO-Inspektoren ausgeschlossen und gesagt, auch die UNO-Sanktionen könnten Irak nicht vom Weg abbringen. Auch nach seinem Ausscheiden nach sechsmonatiger Arbeit hätte Ekeus die irakische Führung regelmäßig verurteilt. Letzten Endes sei der Ziel Irak, Atomwaffen zu besitzen, und Bagdad wolle die Ölströme im Persischen Golf dominieren. Ekeus ging im Dezember 1998